

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 20. Februar 1932

Nummer 15

Forderungen der freien Gewerkschaften zur Überwindung der Arbeitslosigkeit!

Die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenziffer auf weit über sechs Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Proz. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichstagnlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlüsselstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bissher vergeblich. Besonders ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung

Berlin, 16. Februar 1932.

der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (Wierzigstundentwoche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Befreiung der überarbeiteten und die ernsthafteste Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes. Die unvermeidbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Währung abgetan werden. Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei enger Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wieder herstellen!

Bundesausschuß der freien Gewerkschaften Deutschlands

Am Montag, dem 15. Februar, trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftsbaus zu seiner vierten Tagung zusammen. Leipzig eröffnete die Verhandlungen mit herzlichen Worten des Gedankens über den langjährigen Kassierer der Generalkommission und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Rube, der im vergangenen Monat aus dem Leben geschieden ist.

Sodann erstattete Leipzig Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate, aus dem wir nur einige Punkte herausgreifen. Insbesondere kritisierte er die unsichere Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Der Bundesvorstand hat bekanntlich gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckt, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschiedene Verwahrung eingelegt und die schnelle Durchführung dieser von den Gewerkschaften nach wie vor vertretenen Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipzig erklärte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“, steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, bereits geleistet worden sind und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte, um so weniger, als die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für die letzte Reparationsregelung sich inzwischen so verschoben haben, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen widerförmig wäre, an ihr festzuhalten. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Schon seit Jahren sind innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung Bestrebungen im Gange, die Berufsinternationalen entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen. Diese Frage ist auch in letzter Zeit wieder erörtert worden.

Die Haltung des Bundesvorstandes ist bekannt. Er ist der Meinung, daß allein die Landeszentralen die Träger des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein können. Auch der Vorstand des IGW selbst ist dieser Auffassung. Es läßt sich aber wohl eine Form finden, auch die internationalen Berufssekretariate noch mehr als bisher als Bestandteile in den IGW einzuordnen, etwa dadurch, daß man den internationalen Berufssekretären im Ausschuß des IGW das Stimmrecht gibt. Das läßt sich um so mehr erwägen, als internationale Beschlüsse so gut wie nie durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Weitere Einzelheiten aus der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurden von den Sachbearbeitern Spliedt, Schlimme und Gertrud Hanna vorgetragen. Schlimme berichtete über Steuerfragen. Vom 10. Februar 1932 an wird in der Verpfichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Weitergehende Forderungen dahingehend, daß alle lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiter verfolgt. Minister Dietrich hat zunächst Verhandlungen mit dem Deutschen Städtetag zugestimmt, um die generelle Befreiung von der Bürgersteuer bei all dem Einkommen zu erzielen, die die Unterstützungsfähigkeit für die Wohlfahrtsverbände nicht übersteigen. Die Lohnsteuerentlastung aus Willkürgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird befristet befristet bekämpft. Gegen diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgesetzt wird, wenn das lohnsteuerfreie Einkommen wöhnlich oder monatlich erreicht ist. Der Bundesvorstand fordert die Einführung von Steuerbürgern für unfähig Beschäftigte, um eine Regelung in diesem Sinne anzubahnen. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klageweg gegen diese Auffassung vorgehen. Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des AL-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Werkparaffinen ausgearbeitet, der dem Reichstag zugereicht worden ist. Abschließend machte Schlimme nähere Mitteilungen über den organisatorischen Aufbau der Eisernen Front, für die

sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit einsetzen. — Spliedt berichtete über das Krümpersystem, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat. Auch die Reichskonferenz der Bergarbeiter hat sich dafür ausgesprochen, da die Bergarbeiter im Badener Revier mit dieser Regelung günstige Erfahrungen gemacht haben. Der Holzarbeiterverband hat sich im gleichen Sinne geäußert, wenn auch für seinen Bereich die Einführung dieses Systems nur in kleinerem Maßstab in Frage kommt. Zwei Verbände haben Bedenken geäußert und seine Durchführung abgelehnt. (Zur Beurteilung dieser Frage wurde für die Leser des „Korr.“ die unter „Allgemeine Rundschau“ in Nr. 5 vom 16. Januar enthaltene Notiz über das Krümpersystem noch einmal zu Rate zu ziehen. Schriftleitung.) Im Zusammenhang damit stellt die Frage der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung seitens der Verbände. Eine einheitliche Stellungnahme der Verbände wäre vielleicht wünschenswert; sie wird aber praktisch kaum möglich sein. Die Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gibt, die erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Diesem Unfug muß gesteuert werden. Die jüngst bekannt gewordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvorstellern entschieden verurteilt. Die Verkürzung der Arbeitszeit nur in einzelnen Berufen anzunehmen, hält man nicht für zweckmäßig. Notwendig ist vielmehr, die Verkürzung der Arbeitszeit in großem Umfang durchzusetzen. Die Einführung der Wierzigstundentwoche muß mit dem Zwang der Einküpfung von Arbeitskräften verbunden werden. Die in der Verordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Grundlagen für die Verkürzung der Arbeitszeit genügen nicht zur Durchführung einer solchen Aktion. Das Krümpersystem ist nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar, aber wo diese Voraussetzungen gegeben sind, liegt die Anwendung des Krümpersystems im Interesse der Gewerkschaften. Die Durchführung

des Gedankens wird jedoch in den einzelnen Berufszweigen sehr verschiedene Formen annehmen. Dementsprechend wird sich auch die Beitragsregelung für Kurzarbeitende oder nach dem Krümpersystem beschäftigte Mitglieder der Gewerkschaften verschiedenartig gestalten müssen. Die Schmarzartbeit ist heute weit verbreitet. Sie ist gegenwärtig Gegenstand einer besonderen Untersuchung im Reichswirtschaftsrat. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dort ihre Bereitschaft zur Befämpfung der Schwarzarbeit erklärt, aber hinzugefügt, daß sie sich von zweckmäßigen tarifvertraglichen Regelungen eine größere und gerechtere Wirkung versprechen als von einem weitgehenden gesetzlichen Zwang. Das Bedürfnis nach einer besonderen Verarbeitung unter den Frauen wird in den einzelnen Verbänden ebenso verschieden sein wie die Möglichkeit zu einer solchen Tätigkeit. Es wurde aber allgemein anerkannt, daß hier Aufgaben vorliegen, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Verbandsvorstände waren einmütig der Auffassung, daß der ZGB sich nur auf den Landeszentralen aufbauen kann. Daß die internationalen Berufsvereine an den Ausschüssen des ZGB teilnehmen, mag zweckmäßig sein, aber weitere Konzessionen an die Berufsinternationalen in der Richtung einer Stärkung ihrer Stellung im ZGB hielt man nicht für zweckmäßig.

Die Faltung des Bundesverbandes in der Reparationsfrage wurde begünstigt. Es war notwendig, in dieser Zeit unmissverständlich als die Meinung der deutschen Gewerkschaften auszuspochen, daß die Reparationslasten den Lebenspielraum der deutschen Arbeiterklasse in weitgehendem Maße einschränken und daß ihre Fortdauer der Wiederbelebung der Wirtschaft hindernd im Wege steht. Insofern gehören die Reparationen auch zu den Ursachen der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland, um so mehr, als nicht zuletzt auf diese politischen Zahlungen und ihre Wirkungen die Störungen des Vertrauens innerhalb der Weltwirtschaft und in ihrer Folge die schwere Erschütterung des Kreditwesens zurückzuführen sind.

Am Schluß der Debatte stellte Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Die Gewerkschaften sind auch nur insoweit Befürworter des Krümpersystems, als bei der Anwendung desselben Rücksicht auf die Eigenart der Berufsgruppe und Betriebe genommen wird. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterklasse darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterklasse, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterklasse bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der vierzigstündigen Woche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften. Zur Reparationsfrage erklärte Leipart abschließend, es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Lösung: Schluß mit den Reparationen. Denn die Welt ist sich klar geworden darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist. Die Beilegung dieser politischen Ursache der Krise ist die wichtigste Voraussetzung für ihre Überwindung. Sie liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Frankreichs. Wir sagen nicht: wir wollen nicht zahlen, wir sagen das vor allem nicht im Widerspruch zu unsern ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unsern französischen und belgischen Freunden zu: Ihr dürft nicht zulassen, daß die Last der Reparationen auch fernerhin die deutsche Arbeiterklasse bedrückt. Wir begehren teils Antreue gegen die Internationale, indem wir unsre Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Abergzeugung beherrscht die weiteren Verhandlungen des Bundesauschusses, die der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Eggert, mit einer kurzen Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

Trotzdem Deutschland, so führte er aus, sich während des Jahres 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden Mark im Außenhandel überaus günstig verhalten hat, ist sein Arbeitslosenstand auf weit über 6 Millionen angewachsen, ist sein Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12 Proz. im Jahre 1928 auf 9 Proz. im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eignen Land, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder. Von diesem Verfall sind fast alle Zweige der Gütererzeugung betroffen. Am furchtbaren trifft der Zusammenbruch das Baugewerbe und die Baustoffindustrie.

In der ersten Januarwoche 1932 waren nur noch 11,3 Proz. der Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes in Arbeit, gegenüber 32,3 Proz. im Jahre 1931 und 41,5 Proz. im Jahre 1930.

Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen

gezeitigt, in deren zeitlicher Folge sich die einzelnen Phasen des Krisenablaufs widerspiegeln. Im Anfang der Krise stand die Idee im Vordergrund, die geschrumpfte Arbeit auf möglichst große Arbeitermassen zu verteilen. Der Bankrott im Sommer 1931 führte zu Vorschlägen für die Reform des Kredit- und Währungssystems. In der letzten Zeit beherrschten angelehnt der immer noch wachsenden Arbeitslosenzahlen die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung das Feld der öffentlichen Diskussion.

Am der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollen, stand und steht die erstmalig vom Bundesauschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig verlagert. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist.

Auch die vom Bundesauschuß im Dezember 1930 erhobene Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen sind und besonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeileutegeiß“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld das bessere verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadtrand anzusiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Überweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 qm je Siedler, eine Zufahrtstraße zu schaffen. Der ADGB konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen, denn einen, wie es hieß, „kräftigsten Arbeiter“ durch Stadtrandbesiedlung zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Die Vorstände des ADGB und des IFA-Bundes haben sodann zum Siedlungsweesen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbslosen, Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung muß die landwirtschaftliche Siedlung durch Kräfte weiter gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und sachliche Eignung der Siedler, den Arbeitsmarkt kann sie nicht fühlbar entlasten. Die Stadtrandbesiedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. Sie setzt Weiterbeschäftigung des Siedlers im Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist das praktikabelste, den Arbeitslosen (Reinarteland, Schrebergärten) zur Verfügung zu stellen, weil hier mit den vorhandenen geringen Mitteln die größte Wirkung zu erzielen ist.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Zoungau und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen. Sie muß mit größtem Nachdruck beschleunigt werden.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abklärung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltpolitische Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Pfundkrise 22 Länder sich der Wertschätzung entledigt haben, ihre Noten im Lande in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Wertschätzung der Devisen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von andern Ländern erhebliche Zollerhöhungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Währungsbruch kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Kaufman ist verlagert worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der französischen Kammern sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insbesondere die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank, in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammen wirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff nehmen.

Leipart faßte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesauschuß zusammen, in dem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand. Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte er, geht uns heute der Schrei nach Arbeits-

beschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unglücklichen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Bergeleistungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Faltung, ihrer kühnen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Änderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß unstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der unglücklichen Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesauschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Kräftigungsgreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Klage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterklasse unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeht, sicherte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und, wie es hieß, letzte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Kräftigungsgreß zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird. (Schluß folgt.)

Lehrlingslosgeld bei Kurzarbeit

Die Frage, ob den Lehrlingen bei Kurzarbeit das Kostgeld ungefähr zur Auszahlung gebracht werden muß, ist für das Buchdruckgewerbe durch das Reichsgericht am 12. Januar 1932 beantwortet worden. Damit hätten sich, wenn die Rechtsprechung des souveränen Reichsgerichtsamtens einen Sinn haben und der Wille des Tarifgebers zur Geltung gebracht werden soll, die am Tarifvertrag beteiligten Organisationen abzufinden. Die Organisation der Unternehmer scheint aber der Meinung zu sein, daß der Wille des Tarifgebers nur dann als solcher anzuprehen ist, wenn sie ihm ihren Stempel aufzudrücken vermag. Anders ist die Stellungnahme in einem mit „Lehrlingsvergütung bei Kurzarbeit“ überschriebenen Artikel in Nr. 12/1932 der „Zeitschrift“ nicht zu erklären. In dem Artikel wird auf ein für ein anderes Gewerbe ergangenes Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 17. Oktober 1931 (RAG. 145/31) Bezug genommen, das mit Vorbehalten die Einführung von Kurzarbeit auch für den Lehrling als wirksam bezeichnet. Dem Urteil ist zu entnehmen, „daß nur Anspruch auf die entsprechend gekürzte Lehrlingsvergütung besteht, sofern aus Lehrvertrag oder Tarifbestimmung nichts anderes zu folgern ist.“

Die „Zeitschrift“ bezeichnet nun diese Entscheidung, „als in der Regel auch für Lehrverhältnisse des Buchdruckgewerbes anwendbar“, weil weder in den Lehrverträgen noch im Buchdruckerartikelfestimmungen enthalten sind, die eine Kürzung des Lehrlingslosgeldes verbieten. Der Lehrling hätte keinen Anspruch darauf, besser gestellt zu sein als der Gehilfe. Auch wird auf das Reichsarbeitsgerichts-urteil vom 22. Januar 1932 (RAG. 201/31) verwiesen (Abzug vom Kostgeld für die Berufsschulstunden), das das Lehrlingslosgeld im Buchdruckgewerbe als Entgelt für geleistete Arbeit anspricht.

Dem ist entgegenzustellen, daß in Auslegung der tariflichen Bestimmungen das Reichsgerichtamt für das Buchdruckgewerbe am 16. November 1926 ein Entscheidung getroffen hat, die den Abzug vom Lehrlingslosgeld bei Kurzarbeit für unzulässig erklärt. In den Entscheidungsgründen wird ausdrücklich hervorgehoben, daß „Lehrlinge keinen Lohn gemäß § 4 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs erhalten, sondern nur Kostgeld, und daß die Bestimmungen für Lohnabhängige gegenüber Gehilfen und deren Berechnung auf die Lehrlinge des Buchdruckgewerbes nicht übertragen werden können.“

Enthält also der Deutsche Buchdrucker-Tarif eine klare Bestimmung über die Behandlung des Lehrlingslosgeldes bei Kurzarbeit nicht, so ist dieser Mangel durch die angeführte Reichsgerichtsentscheidung beseitigt. Sie erklärt, was Rechtens ist und erlegt die im Buchdruckerartikelfestende Bestimmung über die Behandlung des Lehrlingslosgeldes, indem sie klar und eindeutig für die Buchdruckunternehmer

die bindende Verpflichtung schafft, das Kostgeld bei Kurzarbeit ungekürzt zur Auszahlung zu bringen.

Da bei den nach Fälligkeit dieses Reichsschiedsamturteils erfolgten Tarifrevisionen durch die vertraglich liegenden Organisationen am bisherigen Zustand nichts geändert worden ist, bleibt die Rechtswirkung dieser durch das Reichsschiedsamt gegebenen Kommentierung unberührt bestehen. Es erwächst also der am Tarifvertrag unterzeichneten Arbeitgeberorganisation des Buchdruckgewerbes nach wie vor die Pflicht, ihre Mitglieder zur Respektierung der durch Reichsschiedsamtentscheidung gegebenen Kommentierung und damit zur Erfüllung des Tarifvertrags anzuhalten.

Von dieser Verpflichtung befreit weder das Reichsarbeitsgerichtsurteil vom 22. Januar 1932 (RAG. 201/31), das mit der Frage des Kostgeldabzugs bei Kurzarbeit nichts zu tun hat und auch zwangsläufig mit dieser Frage nicht in Verbindung gebracht werden kann, noch das von der „Zeitschrift“ zitierte Reichsarbeitsgerichtsurteil vom 17. Oktober 1931 (RAG. 145/31). Im Gegenteil, gerade das letztere Urteil besagt ja, „daß nur Anspruch auf das entsprechend gekürzte Lehrlingskostgeld besteht, sofern aus Lehrvertrag oder Tarifbestimmungen nichts anderes zu folgern ist“. Da aber in Ergänzung der tariflichen Bestimmungen für das Buchdruckgewerbe das Reichsschiedsamt der Buchdrucker durch seine Entscheidung vom 16. November 1926 kommentiert, daß den Lehrlingen das Kostgeld bei Kurzarbeit nicht gekürzt werden darf, so ergibt sich nicht die von der „Zeitschrift“ gewollte, sondern die entgegengesetzte Wirkung. Das Reichsarbeitsgerichtsurteil vom 17. Oktober 1931 (RAG. 145/31) ist also in jedem Fall das untauglichste Mittel zur Hinwegräumung der Reichsschiedsamtentscheidung vom 16. November 1926 und zur Einräumung der unbeschränkten Vollmacht zur Vornahme von Kostgeldabzügen bei Kurzarbeit.

In verschiedenen Handwerkskammerbezirken führen die Lehrverträge die Bestimmung, „daß Abzüge für die ohne Verschulden des Lehrlings veräumte Zeit nicht stattfinden dürfen“. Daß Kurzarbeit, an der der Lehrling beteiligt wird, durch ihn verschuldet ist, wird niemand behaupten können. Vielmehr ist es gutes Recht des Lehrlings, die Erfüllung des Lehrvertrags zu fordern. Es würde also auch hier das von der „Zeitschrift“ angezogene Reichsarbeitsgerichtsurteil (RAG. 145/31) für die Begründung des Abzugs vom Kostgeld bei Kurzarbeit nicht herangezogen werden können.

Es ist bezeichnend, daß die Organisation der Arbeitgeber unter Ausnutzung des Reichsarbeitsgerichtsurteils vom 22. Januar 1932 — auf das noch zurückzukommen sein wird — neben der Kürzung des Kostgeldes für die Berufsschulftunden auch den Abzug vom Kostgeld bei Kurzarbeit empfiehlt und sich somit unbefangenen Herzens über die tarifvertraglichen Bindungen hinwegsetzt. Das ist der praktische Teil jener in der Nr. 10/1932 der „Zeitschrift“ aufgestellten Behauptung: Die Prinzipale des Buchdruckgewerbes haben das größte Interesse an der Erstickung des Nachwuchses. Ihnen kann man keinesfalls den Vorwurf der Lehrlingsausbeutung machen; denn sie sind sich ihrer Pflichten gegenüber dem Lehrling bewußt. Ihre Pflicht ist in diesem Fall die Respektierung der Reichsschiedsamtentscheidung zum Tarif betreffend die Behandlung des Lehrlingskostgeldes bei Kurzarbeit sowie die Erfüllung des Lehrvertrags. A. W o l f r a m.

Dein Werk, Kollege

hilft Du fortsetzen, wenn Du gerade jetzt ein Beispiel gibst: Werde Mitglied bei der Bücher-gilde Gutenberg!



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Boddien in Schwarz
Eingetretten: 1. Januar 1882 — Jetzt Juvallide



Lohnarbeit und Kapital

„Wenn der Seidenwurm spinnne, um seine Eizellen als Raupe zu frissen, so wäre er ein vollständiger Lohnarbeiter.“

Diese Äußerung von Karl Marx gibt uns zu denken. Mit uns Arbeitern verhält es sich tatsächlich so. Wir müssen arbeiten, damit wir existieren, leben können. Der Seidenwurm ist uns also über. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, April 1849, erschien eine Reihe von Leitartikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in denen Marx das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital erörterte. Diesen Leitartikeln lagen Worträge zugrunde, die er 1847 im Brüsseler deutschen Arbeiterverein gehalten hatte. Seit dieser Zeit sind die Leitartikel in Gestalt von Broschüren immer wieder erschienen, um den Arbeitern das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital klar zu machen. Fragen wir uns, wie eine Summe von Waren, von Tauschwaren Kapital wird, so gibt uns Marx die Antwort darauf: Dadurch, daß sie als selbständige, gesellschaftliche Macht, das heißt, als die Macht eines Teiles der Gesellschaft, sich erhält und vermehrt durch den Austausch gegen die unmittelbare lebendige Arbeit. „Die Eizellen einer Raupe, die nichts besitzt als die Arbeitsfähigkeit, ist eine notwendige Voraussetzung des Kapitals. Aus diesen Worten von Marx sehen wir, daß die Herrschaft der aufgehäuften, vergangenen, vergegenständlichten Arbeit über die unmittelbare, lebendige Arbeit, die aufgehäuhte Arbeit erst zum Kapital macht. Das Kapital, sagt Marx, besteht nicht darin, daß aufgehäuhte Arbeit der lebendigen Arbeit (Arbeitskraft des Arbeiters) als Mittel zu neuer Produktion dient. Es besteht darin, daß die lebendige Arbeit (Arbeitskraft) der aufgehäuften Arbeit (Kapital) als Mittel dient, ihren Tauschwert zu erhalten und zu vermehren. Fragen wir uns weiter: Was geht vor in dem Austausch zwischen Kapital und Lohnarbeit, Kapitalist und Lohnarbeiter? Marx gibt die Aufklärung, daß der Arbeiter im Austausch gegen seine Arbeitskraft Lebensmittel (Lohn), der Kapitalist dagegen die produktive Tätigkeit des Arbeiters, die schöpferische Kraft erhält, wo-

durch der Arbeiter nicht nur verzehrt, was er verzehrt, sondern der aufgehäuften Arbeit, dem Kapital, einen größeren Wert gibt, als sie vorher besaß. Für dieses Mehrwert empfangt der Arbeiter einen Teil der vorhandenen Lebensmittel. Fragen wir uns nun weiter: Wozu dienen diese Lebensmittel? Zur unmittelbaren Konsumtion. Sobald aber der Arbeiter Lebensmittel konsumiert, gehen sie ihm unwiederbringlich verloren, es sei denn, daß er während der Zeit, während welcher ihn diese Mittel am Leben erhalten, neue Lebensmittel produziert, um an Stelle der in der Konsumtion untergehenden Werte neue Werte durch seine Arbeit zu schaffen. Aber eben diese reproduktive eble Kraft tritt der Arbeiter ja ab an das Kapital im Austausch gegen empfangene Lebensmittel. Er hat sie also für sich selbst verloren. Wir verstehen den Sinn der bedeutungsgeladenen Marx'. Der Arbeiter erhält vom Kapital für den Mehrwert, den er schafft, nur so viel an Lohn zurück (also Minimum), daß es eben knapp zum Leben langt. Den übrigen Teil des Mehrwertes behält der Kapitalist für sich zurück (Profit). Das Kapital, sagt Marx, setzt also die Lohnarbeit, die Lohnarbeit setzt das Kapital voraus. Sie bedingen sich wechselseitig, sie bringen sich wechselseitig hervor. Das Kapital kann sich nur vermehren, indem es sich gegen Arbeitskraft austauscht, indem es Lohnarbeit ins Leben ruft. Die Lohnarbeit (Arbeitskraft) kann sich nur gegen Kapital austauschen, indem sie das Kapital vermehrt, indem sie die Macht verstärkt, deren Sklavin sie ist. Vermehrung des Kapitals ist daher Vermehrung des Proletariats, das heißt, der Arbeiterklasse. Diesen Argumenten von Karl Marx müssen wir uns beugen. Als einziger Trost bleibt nur: Selbstbestimmung der Arbeiter auf ihre Macht, die sie trotzdem besitzen, da ohne die lebendige Arbeitskraft das Kapital totes Kapital bleiben müßte. Allerdings ein schwacher Trost im Hinblick auf die Uneinigkeit der Arbeitermassen. Marx sagt weiter: Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andre, wie der Umlagerer und der Verschleuderer sich wechselseitig bedingen. Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist. Mit diesen Worten gibt uns Marx eine seine Lehre: Arbeiter, werde dir deiner Kraft als wertschaffender Mensch bewußt, dann kannst du dem Würdiger Kapitalismus den Daumen an die Kehle drücken. Außerdem heißt du Verschleuderer, da du deine Leidensgenossen in deinen eignen Reichen befämpfst.

Nach Marx hat der Arbeitslohn drei Seiten: Er ist nomineller Arbeitslohn, realer Arbeitslohn, relativer Arbeitslohn. Der Geldpreis der Arbeit ist nominell, er fällt also nicht zusammen mit dem realen Arbeitslohn, d. i. mit der Summe von Waren, die er im Austausch gegen den nominellen Arbeitslohn bekommt. Der nominelle Arbeitslohn kann sich gleich bleiben. Der realer Arbeitslohn, Summe von Waren, Lebensmitteln, kann steigen oder fallen. Fallen die Preise der Lebensmittel (realer Arbeitslohn), so bekommt der nominelle Arbeitslohn Mehrwert. Steigen die Preise der Lebensmittel (realer Arbeitslohn), so hat der nominelle Arbeitslohn weniger Wert. Unse jetzigen Löhne geben ein treffendes Beispiel. Der nominelle Arbeitslohn wurde gekürzt. Der realer Arbeitslohn (Warenpreise) fiel nicht mit, wir zahlen also drauf. Der relative Arbeitslohn wird bestimmt durch sein Verhältnis zum Gewinn (Profit) des Kapitalisten. Er drückt den Preis der unmittelbaren lebendigen Arbeitskraft, im Verhältnis zum Preis der aufgehäuften Arbeit, den von ihr neu erzeugten Wert, den verhältnismäßigen Wert von Lohnarbeit und Kapital, den wechselseitigen Wert der Kapitalisten und Arbeiter aus. Nimm also der Kapitalist

Sowjetdeutschland?

Die Frage „Führt Sowjetdeutschland zum Sozialismus?“ wird in einer beachtenswerten und schlichten Streitschrift des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter dem Gesamttitel „Sowjetdeutschland?“ wie folgt beantwortet. Nach der Feststellung, daß eine Staatsfabrik noch lange kein sozialistischer Betrieb ist, wenn auch die Staatsmacht sich proletarisch nennt, und der Folgerung daraus, daß die von den Bolschewiken dem russischen Volk ausgezwungene Staatswirtschaft zwangsläufig in eine Art Staatsflawerei mündet, heißt es weiter: Aber vielleicht ist in Deutschland die Sowjetwirtschaft mehr am Platz? Vielleicht haben die Kommunisten recht, wenn sie die Stalinische Generallinie für die deutsche Wirtschaft auswendig wollen? Auf den ersten Blick hat das etwas Befriedigendes. Was Atopie im Agrarland ist, kann im hochindustriellen Deutschland ausfichtsvoll erscheinen und versucht werden. Zum Unterschied von Rußland hat Deutschland nicht nötig, erst die technisch-ökonomischen Voraussetzungen für die Sozialisierung — die Fabriken und Kraftwerke, die Eisenbahnen und Handelsflotte — zu schaffen. Die Industrialisierung ist schon da. In Deutschland fehlt es nicht an qualifizierten Arbeitern, an Ingenieuren und Technikern, an Volkswirtschaftlern. Deutschland ist kein Land der Analphabeten! In Deutschland bildet das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dazu ist es politisch geschult und organisiert.

Das alles stimmt. Aber das sind eben alles objektive Voraussetzungen für die sozialistische Umwandlung Deutschlands im Rahmen und mit Mitteln der Demokratie. Das ist eben das Ziel und der Weg der deutschen Sozialdemokratie wie auch der freien Gewerkschaften. Gerade weil

Deutschland wirtschaftlich, sozial und kulturell ein hochentwickeltes Land ist, ist der „Weg der Oktoberrevolution“ auch für die deutsche Arbeiterklasse angangbar. In Rußland ist sofortiger Sozialismus eine sinnlose Utopie. In Deutschland ist die Sozialisierung durch eine diktatorische Minderheit ein waghalliges Abenteuer, das sich nur zu bald mit dem Wirtschaftszerrfall rächen würde.

Die Herstellung und Befestigung einer Diktatur ist in Deutschland (wie es allerdings auch in Rußland der Fall war) nur auf dem Weg des blutigen Bürgerkrieges möglich. Bürgerkrieg bedeutet aber Wirtschaftszerrfall, Inflation, Kriegsgefahr. Wird „Sowjetdeutschland“ proklamiert, so werden die Auslandskredite automatisch aufhören. Deutschland ist auf Export angewiesen. Es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß „Sowjetdeutschland“ mit einer allgemeinen Wirtschaftsblokkade zu rechnen hätte. Dasselbe gilt für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, auf welche Deutschland als Industrieland gleichfalls angewiesen ist.

„Sowjetdeutschland“ bedeutet Diktatur der Minderheit. Sie wird nicht nur die Großbourgeoisie und Großagrarien, sondern auch die Bauernschaft, den Mittelstand, die Intellektuellen, das Beamtentum geschlossen gegen sich haben sowie einen beträchtlichen Teil, ja die Mehrheit der Arbeiterklasse. Sie wird dann notwendig zur Basis des grausamsten Terrors greifen müssen. Und die deutschen Kommunisten sind im voraus dazu bereit! Sie predigen begeistert den Terror à la Lubjanka. Sie träumen vom „an die Wand stellen“. Man wird wie in Rußland mit den Wägen und Industriellen anfangen und mit sozialistischen Arbeitern und Kleinbauern enden. Die Wissenschaft wird geknebelt und uniformiert, die geistige Freiheit wird getötet werden und mit ihr die freie Initiative, der Mut

der Verantwortlichkeit, die Arbeitsfreude. Das politische Leben, die Presse, die freien Organisationen — und nicht nur der Ausbeuter, sondern auch der Ausgebeutete — werden wie in Rußland unterdrückt, verstümmelt, aus der Welt geschafft. Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Kulturverbände — alles wird verstaatlicht, bolschewisiert, militarisiert, enteignet.

„Sowjetdeutschland“ wird sich als Bundesglied der Sowjetunion anschließen und anpassen müssen, und kein anderer als Stalin in eigener Person wird die höchste Instanz, der Oberdiktator Deutschlands sein. Wer anders als Stalin und sein Strohmann Thälmann zu denken, zu sprechen, zu handeln versuchen wird, der wird dies in den Kellern der deutschen Intheka furchtbar bereuen müssen. Die komplizierte deutsche Wirtschaft wird automatisch zum Objekt der Stalinischen oder Thälmannischen Verfassungspolitik werden. Auch in Deutschland wird der angeblich bolschewistische Sozialismus „erhungrert“ werden müssen, vielmehr zum Hunger führen, statt mehr Freiheit, Glück und Arbeitsfreude mit sich zu bringen.

Aber einen mehr oder weniger langen Umweg würde jedoch Deutschland nach dem bolschewistischen Experiment zur kapitalistischen Restauration, und zwar in falschlicher Form, zurückfahren. Die Idee des Sozialismus würde in wahren distrobiert, die Arbeiterklasse verzweifelt und desorientiert, die Demokratie zerstört sein. Die Spuren von Ungarn und Italien schrecken! Durch das Tor des Bolschewismus könnte nur der Faschismus eindringen. Aber die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands, die mehr Erfahrung haben als ihre armen russischen Klassen Genossen, werden „den Weg der Oktoberrevolution“ nicht betreten. Ihr Ausweg aus der kapitalistischen Hölle muß durch die Demokratie zum demokratischen Sozialismus führen!

wenig Profit für sich, so steigt der Wert des nominellen Arbeitslohnes. Nimmt er viel Profit für sich, so fällt der Wert des nominellen Arbeitslohnes. Wir sehen also ein fortwährendes Steigen und Fallen innerhalb der drei Seiten des Arbeitslohnes. Wir können nun weiterfragen: Wodurch wird dieses Steigen und Fallen des Lohnes, der Lebensmittelpreise verursacht? Auf hierauf gibt uns Marx die Antwort: Sie wird verursacht durch die Konkurrenz, die sich die Kapitalisten untereinander selbst machen. Die Konkurrenz, wodurch der Preis einer Ware und damit auch die Höhe des Arbeitslohnes bestimmt wird, ist dreifach. Es findet eine Konkurrenz unter den Verkäufern statt, die den Preis der von ihnen angebotenen Waren herabdrückt. Es findet aber auch eine Konkurrenz unter den Käufern statt, die ihrerseits den Preis der angebotenen Waren steigen macht. Endlich findet eine Konkurrenz unter den Käufern und Verkäufern statt. Die einen wollen möglichst wohlfeil kaufen, die andern wollen möglichst teuer verkaufen. Das Resultat dieser Konkurrenz zwischen Käufern und Verkäufern wird davon abhängen, wie sich die beiden früher angegebenen Seiten der Konkurrenz verhalten, das heißt, ob die Konkurrenz in dem Heer der Käufer oder die Konkurrenz in dem Heer der Verkäufer stärker ist. Die Industrie führt zwei Heeresmäßen gegeneinander ins Feld, wovon eine jede in ihren eigenen Reihen zwischen ihren eigenen Truppen wieder eine Schlacht liefert. Die Heeresmäße, unter deren Truppen die geringste Prügelei stattfindet, trägt den Sieg über die entgegenstehende davon. Wie nun, um ein Beispiel zu gebrauchen, der Mond durch seine Anziehungskraft Ebbe und Flut, Steigen und Fallen der Meereswogen verursacht, so verursacht die Konkurrenz unter den Kapitalisten Steigen und Fallen der Lebensmittelpreise, Steigen und Fallen der Höhe des Arbeitslohnes, welches sich wieder in Erschütterungen der Gesellschaft, Lohnkämpfen und Krisen auswirkt.

Seit Marx seine Gedanken über Lohnarbeit und Kapital in den Spalten der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zum Ausdruck brachte, haben wir einen riesigen Aufstieg der Industrie erlebt. Die Maschine trat ihren Siegeszug über die Erde an. Die freien Gewerkschaften taten alles, was in ihrer Macht stand, um die Arbeiter vor der Verelendung zu schützen. Sie konnten nicht verhindern, daß das Heer der Arbeiter zu immer unglücklicheren Bestimmungen beschränkt wurde. Wir haben heute in Deutschland so viel Arbeitslose, als vielleicht zu Marx' Zeiten Lohnarbeiter beschäftigt waren. Zu diesen Massen arbeitsloser Lohnarbeiter kommen noch die Massen arbeitsloser Angestellten und Beamten. Resümieren wir mit den Worten Marx: Je mehr das produktive Kapital wächst, desto mehr dehnt sich die Teilung der Arbeit und die Anwendung der Maschine aus. Je mehr sich die Teilung der Arbeit und die Anwendung der Maschine ausdehnt, um so mehr dehnt sich die Konkurrenz unter den Arbeitern aus, je mehr zieht sich ihr Lohn zusammen. Und zudem rekrutiert sich die Arbeiterklasse noch aus den höheren Schichten der Gesellschaft; es stürzt eine Masse kleiner Industrieller in sie herab, die nichts Eiligeres zu tun haben, als ihre Arme zu erheben neben den Armen der Arbeiter. So wird der Wald der in die Höhe gestreckten und nach Arbeit verlangenden Arme immer dichter, und die Arme selbst werden immer magerer.

Den Wald der in die Höhe gestreckten mageren Arme, den Marx im Geiste voraus sah, sehen wir heute vor uns. Neben diesem Hochwald sehen wir noch einen kleineren Wald in Gestalt von mageren Armen hungernder Kinder. Am 30. April 1891 schrieb Friedrich Engels aus London: Die Spaltung der Gesellschaft in eine kleine, übermäßig reiche, und eine große, bestillos Lohnarbeiterklasse bewirkt, daß diese Gesellschaft in ihrem eignen Aberglauben erstarrt, während die große Mehrzahl ihrer Glieder faum, oder nicht einmal, vor dem äußersten Mangel geschützt ist. Dieser Zustand wird mit jedem Tag widerfälliger und — unnötiger. Er muß beseitigt werden, er kann beseitigt werden. Eine neue Gesellschaftsordnung ist möglich, worin die heutigen Klassenunterschiede verschwunden sind, und wo — vielleicht nach einer kurzen, etwas knappen, aber jedenfalls sehr nützlichen Übergangszeit — durch planmäßige Ausnutzung und Weiterbildung der schon vorhandenen ungeheuren Produktivkräfte aller Gesellschaftsglieder, bei gleicher Arbeitspflicht, auch die Mittel zum Leben, zum Lebensgenuss, zur Ausbildung und Betätigung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten, gleichmäßig und in stets wachsender Fülle zur Verfügung stehen!

Mürnberg. J. Seege.

Korrespondenzen

München. Am 22. Januar fand unsere gut besuchte Jahreshauptversammlung statt, die vom Gesamtverein „Gutenberg“ durch einen Wiedertrag eingeleitet wurde. Kollege Janzon erstattete den Jahresbericht, in dem er in kurzen Zügen die Arbeit, die im vergangenen Jahr zu bewältigen war, den Versammelten schilderte. Dann kam er auch auf den Vorschlag über den Notwendigkeit zu sprechen, wodurch der Verbandsrat ein schlechter Dienst erwiesen worden ist. Weiter wurde mitgeteilt, daß in dem Abbau der Überminimierungsbestimmung die Unternehmer am Ort nicht gerade Bescheiden vorgegangen sind und daß damit eine Lage geschaffen wurde, die dem Gewerbe bestimmt nicht von Vorteil ist. Kollege Müller gab jedoch den Jahresbericht, der infolge der starken Arbeitslosigkeit sehr hohe Ausgaben aufwies. Jeder Kollege am Ort sei im vergangenen Jahr 86 Tage arbeitslos gewesen. Von der Verknüpfungsabteilung wurde nur Erfreuliches mitgeteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die alten Vorschläge

wieder abgegeben; nur sollte ein Posten durch einen arbeitslosen Kollegen besetzt werden; was durch Wahl eines Kollegen geschehen ist. Verschiedene Anträge fanden nummehr Erledigung. Einer davon betraf sehr hart unsere durchreisenden Kollegen. Wurde doch das Statutum, das bisher 2 M. inklusive Schlafmarkte betrug, auf 1 M. gesenkt. Kollege Janzon gab weiter eine Einladung zur Bildung der „Eisernen Front“ bekannt, um den Fachismus und den Faschismus in ihrem Tun Einhalt bieten zu können. Einige interne Angelegenheiten unter „Verschiedenem“ ließen die anregend verlaufene Versammlung zum Schluß kommen.

Braunschweig. (Drucker.) Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Versammlung ging am Morgen eine Besichtigung des Naturhistorischen Museums voran. Kollege Deimüller begrüßte bei Versammlungsbeginn Herrn Max Niescher von der Firma Hans Diph & Co. (Hannover), Herrn Hausmann von der Firma Hartmann (Halle) und Kollegen Rudwin, der auch die Grüße der Handwerkerpartei überbrachte. Sodann referierte Herr Niescher über das Thema „Machsinentechnische Winke und Erfahrungen aus der Praxis“, unterstützt von zahlreichen Lichtbildern, in anregender Weise. Jeder Beifall der stark besuchten Versammlung war der beste Beweis für das dem Referat entgegengebrachte Interesse. Eine Diskussion sollte noch mehrere Fragen auf, und der aufmerksamste Besucher konnte manchen kleinen Wink mit nach Hause nehmen. Unter „Geschäftlichem“ gab die Bekanntgabe der Kalkulationsergebnisse infolge ihrer teils sehr krassen Gegenläufigkeit doch zu bedenken, und es wären glückliche Art Kundschreiben der Wiederholung sehr zu empfehlen. Der Bericht des Vorstehenden über das vergangene Vereinsjahr zeigte, daß trotz der wirtschaftlichen Niederlage noch immer das Interesse im Vorstand und in der Technischen Kommission lebendig war, den Kollegen durch Vorträge oder Diskussionsabende, auch ohne große Unkosten, den Versammlungsbetrieb angenehm zu machen. Kassierer Schaar legte einen Jahresbericht vor, der mit einem Kassendebit von 875 M. abschloß. Einstimmig wurde ihm Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden dieselben Kollegen in einzelnen Wahlgängen einstimmig wiedergewählt, ebenso auch die für den ausscheidenden ersten Schriftführer und Revisor neu aufgestellten Kollegen. Eine Besprechung über die Winterarbeit im Druckerverein und eine Innpfrage des Vorstehenden der Liebertal, „Gutenberg“, Kollegen Albrecht, der zur freundigen Mitarbeit aufforderte, gab der Versammlung ihren Abschluß.

Deffau. Unsere Generalversammlung am 29. Januar war erfreulicherweise stark besucht. Noch immer stellen die erwerbslosen Mitglieder einen überprozentigen Prozentsatz der Besucher. Alle Notverordnungen und Lohnabundikate haben nicht vermocht, eine Belebung des Arbeitsmarktes zustande zu bringen; das Gegenteil haben sie erreicht. Deshalb muß unsere vornehmste Aufgabe sein, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor dem Schlimmsten zu bewahren und die Verantwortlichen immer wieder an ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit zu erinnern. Diese letzteren zu haben dienen drei Anträge zu den Mantelartikelforderungen, die den Prinzipalen die Notwendigkeit der gerechtesten Einteilung der Arbeitszeit, des Lohnes und der Lehrlingsverhältnisse vor Augen führen sollen. Der gedruckte vorliegende Bericht des Vorstandes gab ein getreues Abbild der Arbeiten und Nöte des vergangenen Jahres und wurde gutgeheißen. Ebenso der Jahresbericht, der mit für unsern kleinen Ortsverein gigantischen Zahlen glänzte. Der Kassierer wurde entlastet. Den Abwärtendungen der Zeit folgend, wurde der Ortsvereinsvorstand um die drei Beisitzer verringert. Der erste und der zweite Vorstehende wurden neu gewählt, während der Kassierer und der Schriftführer des Vorjahres weiter amtieren. Der Ortsvereinsbeitrag wurde in alter Höhe beibehalten. Möge einem innigen Zusammenwirken aller Mitglieder mit ihren Verbandsinstanzen endlich der Erfolg beschieden sein, den wir für 1931 vergeblich erhofft hatten, die Unterbringung unserer Arbeitslosen und Wohlfahrt für alle.

Dresden. (Maschinenf.) Am 24. Januar hielten wir unsere sehr gut besuchte Hauptversammlung ab. Es waren die Orte Baugen, Döbeln, Freiberg, Großenhain, Seidenau, Kamenz, Königsbrunn, Löbau, Meissen, Neustadt, Pirna, Radeberg und Zittau vertreten. Außerdem nahm fast der gesamte Gauvorstand an der Versammlung teil, darunter alle übrigen Spartenvertreter. Kollege Giese richtete begrüßende Worte an die Erschienenen und stellte fest, daß reichlich 50 Proz. der Mitglieder anwesend seien. Der Vorstehende erstattete den Jahresbericht, der wieder ein Jahr emsiger Spartenarbeit umfaßte. Der Mitgliederbestand beträgt 395, davon sind 39 Kollegen arbeitslos, ein großer Teil arbeitet verkirzt. Die Not der Zeit klopft auch an unsere Türen. Ein Notjahr liegt hinter uns, dem wir keine Träne nachweinen. Aber noch wissen wir nicht, was uns das kommende Jahr bringen wird. Festerer Zusammenhalt denn je müße unsere Parole sein, wenn wir die schlimmsten Zeiten überwinden wollen. Unsere Generation hat ja schon so vieles durchgemacht und überwunden; darum gilt es auch jetzt, die Zähne zusammenzubeißen und dem Kommenden ruhig, aber gerüstet ins Auge zu sehen. Der Bericht des Vorstehenden wurde mit Beifall angenommen, desgleichen der Kassenerbericht. Eine lebhafte Debatte, besonders bei dem Punkt „Anträge“, zeigte ein. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt; die Stelle des zweiten Vorstehenden wurde neu besetzt. Im Anschluß an die Versammlung wurde ein Lichtbildvortrag der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik gehalten „Neuerungen an der Kinetopie“. Der Referent, Herr Willi Niescher, erntete für seine klaren und vorzüglichen Ausführungen lebhaften Beifall.

Frankfurt a. M. (Drucker.) Die 12. Jahresversammlung der drei Monatsversammlungen und zwei Kurze waren ausschließlich der technischen Weiterbildung bzw. der Vertiefung des Wissens der Kollegen gewidmet. Über „Fortgeschritte in der Illustrationskunst“ referierte Kollege Walter Schulze (Berlin) von der Zentralkommission in der Oktoberversammlung. Sehr gut verstand er es, uns die Fortschritte in der Reproduktionstechnik und im Illustrationsdruck aufzuzeigen. Dabei er auch die Weiter-

entwicklung des Rotations-, Offset- und Tiefdrucks streifte. Den gleichen Vortrag hat er auch in den Bezirken Hanau am Main und Gießen gehalten. — Kollege Berger vertiefte in der Novemberversammlung das Thema mit einem Vortrag: „Der Schmitt, seine Kräfte und Behebung“. Was hier über den unangenehmsten Feind jedes Illustrationsdrucker gesagt wurde und wie ihm zu Leibe zu gehen ist, war wohl eine Fundgrube für jeden Drucker. — Um den Kollegen eine Abendung zu bieten, hielt in der Dezemberversammlung der von allen Kollegen ab seiner Vortragskraft bekannte Kollege Stitz ein Lichtbildvortrag: „Das Redarthal von Heilbronn bis Heidelberg“. Er zeigte uns nicht nur die Schönheiten der Natur, sondern er machte uns auch mit der Geschichte bekannt und zeigte sich dabei als scharfer Beobachter. Die beiden Kurze: „Der Illustrationsdruck auf rauhem Papier“, unter Leitung des Obmanns der Technischen Kommission, des Kollegen Firkens, und „Druckmittel und Farbengemische“ unter Leitung des Kollegen Berger waren gut besucht. Die Teilnehmerzahl betrug 30 und 24 Kollegen. Die Kollegen, die an je vier Sonntagen daran teilnahmen, werden in der Praxis den Erfolg für sich buhen können.

Fulda. In unserer Generalversammlung am 24. Januar konnte Vorstehender Hillenbrand neben einer großen Zahl von Mitgliedern unsern Gauvorstehenden Repetz (Frankfurt a. M.) begrüßen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünschte der Vorstehende die Kollegen Stephan, Erb und Brähler zu ihrem 25jährigen Jubiläum, wofür er ihnen die herzlichsten Glückwünsche aussprach. Kollege Repetz namens des Gauvorstandes angeschlossen. Damit ist die Zahl unserer 25jährigen Jubilare auf 14 gestiegen. Der Jahresbericht bot in Anbetracht der trostlosen Wirtschaftslage wenig Erfreuliches, haben wir doch bei 48 Mitgliedern 17 arbeitslose Kollegen. Der Kassendebit wies einen befriedigenden Stand auf. Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden und wählte diesen unverändert wieder. Im Anschluß an die Generalversammlung referierte Kollege Repetz über „Die Bedeutung der Gewerkschaften in der Krisenzeit“. Er zeigte zunächst, wie durch die Tätigkeit der Gewerkschaften dem Arbeiter die Wege geebnet wurden zum Mitbestimmungsrecht bei der Schaffung von Lohn- und Mantelartikeln. Ferner die erfolgreiche Mitwirkung unserer Vertreter in allen sozialen Körperchaften und nicht zuletzt bei der Schaffung der Betriebsräte-Gesetzgebung. Kollege Repetz mahnte deshalb zu treuem Verhalten an unserer Organisation gerade in der gegenwärtigen Krisenzeit. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf die Bestrebungen hiesiger einflussreicher Kreise gegen unsere Kollegen zu sprechen, die lediglich zerplitterte zum Ziele haben. Wenn hier religiöse oder politische Beweggründe ins Feld geführt würden, so seien dies nicht die wahren Ursachen, denn hierin ließen unsere Kollegen volle Bewegungsfreiheit im Verbandsstatut zugesichert. In die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen unseres Gauvorstehers schloß sich eine lebhafteste Aussprache an, in welcher zum Ausdruck kam, daß die Anwesenenden auch in Zukunft nur im Verband der Deutschen Buchdrucker ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung erbilden können. Die über 25jährige Geschichte unserer Organisation mit ihren glänzenden Leistungen auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Tätigkeit und die Zugehörigkeit von mehr als 90 Proz. aller Berufsangehörigen rechtfertigen dies Vertrauen.

Grätz. (Maschinenf.) Am 24. Januar hielt unsere Vereinigung ihre Hauptversammlung ab. Dem Jahresbericht und der Vorstandswahl folgte ein Lichtbildvortrag „Die Kinetopie und ihre Neuerungen“ von der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik. Außer den zur Verfügung gestellten Lichtbildern waren noch die Herren Drubbe und Schröder von der Schreibmaschinenfabrik erschienen. In etwa anderthalbstündigem Vortrag verstand es Herr Schröder, in sehr ausführlicher und fesselnder Weise die Lichtbilder eingehend zu besprechen und die Neuerungen vor Augen zu führen. Der Beifall der Versammlung sowie der gute Besuch dürften wohl der beste Dank für die Ausführungen gewesen sein.

Goslar. Unsere Generalversammlung hatte leider nicht den erwarteten Besuch aufzuweisen. Dem vom Vorstehenden Warden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahr eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten am Ort eingetreten ist. Entlassungen und Kurzarbeit sind das Spiegelbild der trostlosen Wirtschaftslage. Mehrere Kollegen waren das ganze Jahr erwerbslos. Während zu Anfang des Jahres etwa 22 Proz. und am 1. Juli 28 Proz. der hiesigen Mitglieder arbeitslos waren, stieg die Arbeitslosenquote am 31. Dezember auf etwa 42 Proz. Allen arbeitslosen Kollegen wurde zu Weihnacht aus den geringen Mitteln des Ortsvereins eine kleine Unterstützung gewährt. Unsere Ortsvereinskasse wurde von 253 durchreisenden Kollegen so stark in Anspruch genommen, daß ihre Leistungen für diesen Zweck herabgesetzt werden mußten. Aus der Präzisionsfeststellung war zu ersehen, daß 18 Mitglieder, das sind 36 Proz., es fertig brachten, in keiner Versammlung zu erscheinen. Die Drucker der „Harzer Volksgelung“ wurde infolge Konzentrierung im Herbst aufgelöst. Ein Kollege und ein Lehrling wurden nach Hildesheim übernommen. Von der Wohnsitzung laut Notverordnung am 1. Januar 1932 machten alle beteiligten Firmen Gebrauch. Bei der Vorstandswahl lehnte der erste Vorstehende, Kollege Warnede, eine Wiederwahl unter allen Umständen ab. An seine Stelle trat der bisherige zweite Vorstehende, Hermann Wagener, während für den Posten des zweiten Vorstehenden ein anderer gewählt wurde. Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. Aus der Versammlung wurde ein Antrag zum Mantelartikel angenommen, der in der Urlaubsfrage auch in den Gemeinden unter 25 000 Einwohnern einen Urlaub bis zu 12 Arbeitstagen festgelegt wissen will.

Grünfeld. Unsere gut besuchte Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Vorstehender Benz erstattete den Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch war zufriedenstellend. Die Vorstandswahl wurde per Akklamation gewählt, und zwar als erster Vorstehender Otto Benz und als Kassierer Karl Himmler. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten bildete den Abschluß der schon verlaufenen Versammlung.

Kaiserslautern. In're Jahreshauptversammlung am 31. Januar hatte einen überaus guten Verlauf aufzuweisen. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden sei hervorgehoben, daß durch die im Laufe des vergangenen Jahres erfolgten katastrophalen Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet auch die Mitglieder unseres Bezirksvereins stark in Mitleidenhaft gezogen wurden. Bei einem sehr hohen Arbeitslosenzustand arbeiteten schon im Oktober vorigen Jahres über die Hälfte der noch in Arbeit stehenden Mitglieder verkürzt. Auch in der Übernahmungsbehandlung machte sich laut Statistik ein starker Rückgang bemerkbar. In ursächlichem Zusammenhang damit stand dem starken Anshwellen der Ausgaben für Unterstüßungen eine große Einbuße an Beiträgen gegenüber. Der Vorsitzende appellierte am Schluß seines Berichts an das Solidaritätsgefühl der Versammelten, einmütig zusammenzutreten, damit auch dieses opferreiche Jahr überstanden werde. Dem darauf folgenden Ratsebericht war zu entnehmen, daß am Schluß des Jahres eine Mehrausgabe zu verzeichnen war von insgesamt über 4700 M., für einen Bezirksverein mit 230 Mitgliedern eine beträchtliche Summe. Bedauerlicherweise mußte auch festgestellt werden, daß am Ende des vierten Quartals 62 Beitragsreste vorhanden waren, ein Zeichen dafür, wie manche Gewohnheitsrestanten leistungsgemäß ihre Mitgliedschaft aufs Spiel setzen. Dem Bericht des Kassierers folgte der Bericht des Lehrlingsleiters, aus dem zu ersehen war, daß innerhalb unserer Lehrlingsabteilung fruchtbringende Arbeit geleistet wurde. Sämtliche Berichte wurden ohne wesentliche Debatte zur Kenntnis genommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die fast vollständige Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen. Zur bevorstehenden Tarifrevision wurden verschiedene Anträge eingebracht, die sich in der Hauptsache mit einer Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Lehrlingslöhne beschäftigten. Des weiteren wurden die Kandidaten vom Gau rat nominiert und die Mitglieder der Gehaltsprüfungskommission gewählt. Die Auszahlung eines Ostergehälts an die ausgesetzten Kollegen wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Verschiedene Kollegen sprachen sich auch dahingehend aus, daß alle Kräfte eingesetzt werden müßten, um die Absichten der rechtsstehenden Parteien auf Zertrümmerung der Gewerkschaften und Abschaffung der Sozialversicherung gänzlich zu machen. Mit dem Hinweis, daß alle Bestürzer der heutigen Verfassung sich zusammenschließen und alle Kräfte einsetzen, um die "Eisernen Front" stellen möchten, fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Ausklang.

Kiel. (D. r. u. e.) Trotz der unglücklichen Wirtschaftslage war unsre am 24. Januar hier abgehaltene Generalversammlung aus allen Orten des Bezirks außergewöhnlich gut besucht. Den Kollegen war Gelegenheit gegeben, eine bei der Firma Krause aufgestellte Augsburgische Schnellpresse mit Frontbogenausgang zu besichtigen. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit einer Begrüßung der auswärtigen Kollegen und den als Gast anwesenden Gauvorsitzer W. Prüter eingeleitet. Dem ausführlichen Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Wirtschaftslage auch in unsern Reihen große Arbeitslosenzustände und viel Kurzarbeit gebracht hat. Trotzdem konnte unsre Sparte eine ganze Anzahl Neuaufnahmen buchen. Alle Versammlungen hatten guten Verlauf aufzuweisen. Die Orte Segeberg und Humm wurden dem Bezirk neu angegliedert. Für die Arbeitslosen wurden vom Vorstand praktische Arbeitsstunden eingeführt, damit die jungen Kollegen dem Beruf nicht ganz entfremdet würden. Die Firma Chr. Haase & Co. stellte uns in dankenswerter Weise an zwei Abenden der Woche ihren Betrieb zur Verfügung. Den arbeitslosen Kollegen konnte auch in vorigem Jahre dank der guten Rassenverhältnisse eine kleine Weihnachtsbescheide überreicht werden. Ein Antrag, den Spartenbeitrag von 25 Pf. auf 20 Pf. herabzusetzen, wurde abgelehnt mit der Begründung, nur durch die guten Rassenverhältnisse der letzten Jahre sei es gelungen, ein reges und förderndes Vereinsleben zu gestalten. Den Mitgliedern wird zur General- und Wabenerversammlung das volle Jahrgeld (Holzklasse) erteilt. Die Arbeitslosen erhalten 1 M. Gehrgeld. Der Vorstand wurde beauftragt, auf die Zentrale und den Kreis dahin zu wirken, ihrerseits die Beiträge herabzusetzen, erst dann sollte der Gesamtbeitrag ermäßigt werden. Ein Kollege beantragte, daß die neue Festsetzung des Beitrags nur vom Vorstand als Antrag eingebracht werden dürfe. Kollegen Böttger, der wegen Inaktivität aus dem Vorstand scheiden mußte, wurde in ehrenden Worten der Dank für seine treue Mitarbeit ausgesprochen. Die Rassenverhältnisse gestalteten sich befriedigend. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Als Ausklang konnte festgestellt werden, daß die Sparte stets bemüht gewesen ist, ihre Mitglieder über technische Neuheiten zu unterrichten und alle Anregungen zum Wohle des Ganges zu verwerten. Von parteipolitischen Störungen sind wir bisher verschont geblieben, und nur der Wille nach vorwärts war unser Ziel. In diesem Sinne weiter zu wirken, wird stets unser Bestreben sein, und damit hoffen wir, alle beklemmenden Hindernisse wegzuräumen.

Werra. Zu unsrer Generalversammlung am 23. Januar hatte sich eine ziemlich Anzahl Kollegen zusammengefunden. Vorsitzender Cerff gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, dem folgendes zu entnehmen war: Von den 45 Ortsvereinskollegen stehen nur noch 20 in Kondition, von denen sechs Kollegen verkürzt arbeiten. Trotzdem war es möglich, den arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten je 20 M. zu überreichen. Leider wurde in der Berichtsjahr der bewährte Führer vom Gau Oberstein, Kollege Sandfort, durch den Schmitter Tod von uns getrennt. Kollege Sandfort war immer dort, wo er gebraucht wurde, ob es sich dabei um das Schicksal eines einzelnen Kollegen oder um die Interessen des Ortsvereins handelte, spielte für ihn keine Rolle. Die Kollegenhaft in der äußersten Sübweste wird ihren verstorbenen Führer nie vergessen. Zwei Kollegen gelten, wenn sie bis 1. März ihre Rente nicht bezüghen haben, als ausgeschlossen. Leider war der Ortsverein in dieser Maßnahme gezwungen, denn infolge der großen Zahl arbeitsloser Kollegen muß auf einen pünktlichen Eingang der Beiträge geachtet werden. Bei den sich anschließenden Wahlen wurden sowohl der Vorsitzende wie auch der Kassierer und der Schriftführer

wiedergewählt. Den in der Versammlung anwesenden arbeitslosen Kollegen wie auch einem Durchreisenden wurde, wie immer, 1,50 M. Gehrgeld bewilligt. Auf Grund der vierten Notverordnung wurde wohl den Gehältern der Lohn um 15 Proz. gekürzt, leider vergaßen aber die Zeitungsverleger teilweise die Bezugspreise zu senken, schränkten aber dafür den Umfang ein, so daß die hiesigen Zeitungen seit dem Januar tatsächlich teurer geworden sind. Wie lange die Leser sich das gefallen lassen, steht noch nicht ganz fest.

Wubwischagen a. Nh. (H. and. f. e.) In're Generalversammlung am 23. Januar hatte einen verhältnismäßig guten Verlauf aufzuweisen. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden S. i. h. ging u. a. hervor, daß es infolge intensiver Werbearbeit gelang, den Mitgliederbestand von 35 auf 50 zu erhöhen. Die im Anfang des Jahres eingeleitete Aktion gegen den Maternaaustausch brachte ein ganz gutes Resultat, trotzdem müssen wir auch heute noch der Maternaverwendung bei Jüngeren unser Augenmerk widmen, um gegebenenfalls sofort wieder eingreifen zu können. Eine Konferenz mit den Akquisiteuren der hiesigen Tageszeitungen diente ebenfalls dem Zweck, den Maternaaustausch zu unterbinden, da wir der Auffassung sind, daß auch bei den Akquisiteuren manchmal die Ursache des Maternabezugs zu suchen ist. Auch in der Fortbildungsarbeit wurde nicht erlahmt. Zwischen den Handlegervereinigungen von Mannheim-Wubwischagen-Heidelberg wurde eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen, die den Zweck hat, einem größeren Hörerkreis als in den Ortsvereinsversammlungen gute Vorträge billigt zu vermitteln. Ein kurzer Blick in die Zukunft zeigt vorläufig alles Grau in Grau. Wir wollen uns zwar betreffen, den Kreis unserer Mitgliedschaft nach Frankfurt, Grünstadt und Speyer zu erweitern, glauben aber, daß die Durchführung dieses Planes von wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen abhängig ist, für deren Änderung in unserm Sinne wir alle Kraft aufzubieten müssen. Mit einem Aufruf, alle Kraft zusammenzunehmen, um die säueren Verhältnisse zu meistern, schloß Kollege S. i. h. seine Ausführungen. Der anschließende vom Kollegen S. t. e. p. h. n. gegebene Rassenbericht zeigte so recht, wie schwer die Arbeitslosigkeit auch in unsre Rassen einbricht. Im Durchschnitt standen jeweils 15 Arbeitslose 30 zahlenden Mitgliedern gegenüber. Deshalb sind die unentgeltliche Weiterbeförderung des "Handseger" an arbeitslose Kollegen, wie auch die seither gegebene Beihilfe an arbeitslose Versammlungsbesucher in Frage gestellt, und unsre Generalversammlung muß zu diesen Fragen Stellung nehmen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung gewährt. Die Neuwahl der Vorstandsfunktionäre, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der wegen anderweitiger Tätigkeit im Bezirks- und Gauvorstand aus einer Wiederwahl verzichtete. Dem zurückgetretenen Kollegen Widder widmete der Vorsitzende zum Abschied noch herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes für seine Tätigkeit. Der Punkt "Anträge" brachte die längste Debatte. Ein Antrag der Vorstandsfahrt zur Regelung des Bezugs des "Handseger" wurde dergestalt erledigt, daß bei der Gauvereinigung und der Zentralkommission verzußt werden soll, den "Handseger" für arbeitslose Mitglieder erpiederig unentgeltlich zu erhalten, oder zu bedeutend ermäßigtem Preise. Die Entschädigung an arbeitslose Versammlungsbesucher wird von Fall zu Fall in jeder Versammlung festgelegt. Unter "Beschiedenem" gab der Vorsitzende verschiedene Einladungen bekannt. Die ursprünglich geplante Schaffung einer Berechnungskommission wurde zurückgestellt. Kollege L. o. appellierte an die Anwesenden, alle Kraft in der Eisernen Front zu sammeln, um dem schicksalhaften Untergang in die Barbarei entgegenzutreten. Lebhaft wurden seine Ausführungen untertützt, und die Versammlung war sich einig in dem Bewußtsein: Eher soll der letzte Mann versterben, als die Freiheit wieder sterben!

Magdeburg. (Korrektoren.) In unsrer Jahreshauptversammlung am 10. Januar konnte Vorsitzender Buchholz erfreulicherweise eine ganze Anzahl Provinzkollegen begrüßen. Anwesend waren auch einige Delegierte befreundeter Sparten. Unter Punkt "Tarifliches" entrollte sich wiederum ein Bild trüber Verhältnisse in unserm Gewerbe, besonders der Delegierte aus Mittenberg, Kollege S. m. w. i. n. g., gab traurige Einzelheiten über die Verhältnisse dort. Nach lebhafter Ansprache wurde der Beitrag auf monatlich 65 Pf. gekürzt für Magdeburg. Für die angefallenen Ortsgruppen wurde er auf 50 Pf. festgelegt. Die entgeltliche Festsetzung des Beitrags bleibt der Gauvereinigung vorbehalten. Der Rassenbericht war zufriedenstellend. Die Vorstandswahl war ziemlich erregt, konnten wir doch Kollegen Buchholz nicht wieder zur Annahme seines Amtes bewegen. Schließlich ging Kollege M. o. d. e. l. aus der Neuwahl als Vorsitzender hervor. Wiedergewählt als Kassierer wurde Kollege S. t. r. o. d. e. r. Kollege Buchholz blieb uns als Schriftführer erhalten.

Donaubühl. In're Versammlung am 23. Januar war sehr gut besucht. Vorsitzender Herlihus ehrte zunächst das Andenken zweier verstorbener Kollegen. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten unter "Mitteilungen" forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich reiflos an der ersten Kundgebung der Eisernen Front zu beteiligen. Ausdamm sprach Kollege A. k. e. r. m. a. n. n. (Berlin), der vorher schon den Druckern einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag gehalten hatte, über das Thema: "Die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften und unsres Verbandes". In gut einstündigen Ausführungen entrollte der Redner ein Bild der momentanen Situation. Sich den Dingen in unserm Verband zuwendend, schilberte er in leicht verständlichen Worten und an Hand von Beispielen und Statistiken, was eine starke Organisation, trotz Zeiten der Notverordnungen, zu leisten vermag. Keiner Beifall folgte den mit großem Interesse verfolgten Ausführungen. Nach kurzer Ansprache ging der Referent in seinem Schlußwort noch auf die Nazibewegung ein. Die faktische Art seiner Schilderung über den durch Internierung aufgelumperten Nationalstrolchismus rief wahre Lachsalben hervor. Nach Dankesworten des Vorsitzenden und kurzer Ansprache unter "Beschiedenem" fand die Versammlung ihren Abschluß.

gz. Schleswig. In're Jahreshauptversammlung fand im Zeichen der Jahresberichtserstattung und der Wahlen. Der Zeiger hätte besser sein müssen. Die Ver-

sammlung selbst nahm einen ruhigen und harmonischen Verlauf; die umfangreiche Tagesordnung war verhältnismäßig bald erledigt. Nach Erledigung der Eingänge und Mitteilungen sowie örtlicher geschäftlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende G. W. t. e. r. s. in seinem Jahresbericht ein allgemeines Bild vom Verlauf des Jahresjahrs 1931. Augenblicklich ist der Stand der örtlichen Arbeitslosigkeit von seiner höchsten Stufe — 45 Proz. waren es noch vor einigen Monaten — wieder auf 33 Proz. (ohne Kurzarbeit) gesunken. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt 46; der Durchschnittsbeitrag der Versammlungen war 45 Proz. Die Lehrlinge sind sämtlich in der Lehrlingsabteilung organisiert. Aus dem Rassenbericht des Kollegen A. n. d. r. e. n. ist besonders die hohe Summe für Unterstüßungen zu erwähnen. Die Wahlen erbrachten abermals reiflose und einstimmige Wiederwahl des engeren Vorstandes und können somit als ein allseitiges erneutes Vertrauensvotum gewertet werden. Auch die übrigen Wahlen ergaben durchweg Wiederwahl oder sachungsgemäße Ergänzungswahlen.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Meisterprüfungskommission der Gewerbetamler zu Bremen befanden die Kollegen E. r. i. c. h. B. e. u. t. l. e. r. und A. r. t. u. r. P. o. l. e. n. e. r. aus Bremen und G. i. s. t. a. v. G. l. u. c. k. e. aus Twitzingen die Meisterprüfung.

Sprachkurs in Groß-Berlin. Anfang März begannen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfangskurse (Vorbereitung) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberstufe eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus "Wichtiges Deutsch". Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzgliederkunde; Fremdwörterkunde, "mi" oder "mich", grammatische Schwierigkeiten, Schreibung, Anfertigung von Aufträgen usw. Der Unterricht in diesem Kursus beschränkt sich nicht nur darauf, die großen Fehler der Sprachlehre zu bekämpfen, sondern will die Kursteilnehmer vor allem zu richtigem Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache anleiten. Den Hörern wird somit die Möglichkeit gegeben, sich in diesem Kursus ein gutes Deutsch anzueignen. Zur Deduktion der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin C 54, Koenigsplatz Straße 13 (nahe S-Bahn Böse und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich, außer Sonnabends, von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Bemerkenswertes Urteil im Falle eines Zeitungsverbots. Unter dieser Schlagmarke berichteten wir schon in Nr. 10 über ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin in Sachen eines Verbots des nationalsozialistischen "Angriffs". Die Drucker dieses Magazettes blieb vom 12. bis 20. Oktober gefesselt, und das Personal erhielt für diese Zeit keinen Lohn. Daraufhin strengte der Betriebsrat für 26 Sezer, Drucker und Angestellte der Druckerei beim Arbeitsgericht Berlin Klage auf Lohnabfindung an, die zunächst in einem Einzelfall den Erfolg hatte, daß dem Kläger der Lohn für die Verbotszeit zugesprochen wurde, während die übrigen Klagen bis zur Entscheidung der Berufungsinstanz ruhten. Die von der betreffenden Firma eingelegte Berufung wurde, wie auch schon mitgeteilt, vom Landesarbeitsgericht kostenpflichtig abgewiesen. Die Firma wurde zur Auszahlung der vollen Lohnsumme (insgesamt 2310,40 M.), darunter 1820,33 M. für 17 Buchdrucker, verurteilt. Den in unsrer ersten Notiz bereits angeführten Feststellungen aus der Urteilsbegründung sei heute (nach Vorliegen der sehr umfangreichen schriftlichen Begründung) noch einiges über die prinzipiellen Gesichtspunkte des Landesarbeitsgerichts nachgetragen. "Die Gefahr einer Betriebsunterbrechung durch polizeiliches Eingreifen", so heißt es in der Urteilsbegründung u. a., "zählt zwar nicht ohne weiteres zu den Gefahren, mit denen eine Druckerei ohne weiteres rechnen muß, eine Druckerei wird regelmäßig eine derartige Gefahr weder abwarten noch auch nur einigermaßen bestimmt voraussehen können. Immerhin mußte und konnte die Druckerei einer politischen Tageszeitung, die den Kampf gegen die am Ruder befindliche Staatsleitung — wie sie selbst vorträgt — temperamentvoll führt (Bl. 4. d. A.) und schon des öfteren Objekt polizeilicher Verbote von längerer oder kürzerer Dauer gewesen ist, damit rechnen, daß sich im Laufe der Zeit die Gefahr der Betriebsstilllegung das eine oder das andere Mal verwirklichen würde. Die Druckerei konnte die Vermögensschädigung, die ihr hieraus drohte, im voraus in ihre geschäftlichen Berechnungen einstellen und sich gegebenenfalls durch vertraglichen Ausschluß ihrer Lohnzahlungspflicht in solchen Fällen gegenüber ihren Arbeitnehmern oder durch Vereinbarungen mit dem Verlage oder durch Einstellung von Rücklagen gegen die Vermögensgefahr decken. Ein Arbeitgeber, insbesondere die Verlage, kann danach im allgemeinen einer solchen Vermögensgefahr durch Rücklagen begegnen. Dem Arbeitnehmer ist dies in aller Regel unmöglich. Er ist auf den Ertrag seiner Arbeitskraft angewiesen und hat heute weniger denn je Veranlassung bei der Auswahl seiner Arbeitsstätte die gesteigerte Möglichkeit eines Verbots der von ihm mitgearbeiteten Zeitung zu berücksichtigen, zumal ihm eine höhere Bezahlung für seine Arbeitsleistung in einem gesetzlich zugelassenen Betriebe, der nur im Hinblick auf die von ihm erfolgte Deutlegung eines politischen Kampfbattes der Gefahr einer Stilllegung ausgesetzt ist, nicht zukommt. Irrendene Verteilung der durch die Betriebsstilllegung verursachten finanziellen Lasten auf die Schultern von Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann unter diesem Gesichtspunkt nicht gebilligt werden." Wie wir erfahren, hat die beklagte Firma inzwischen bereits ein Drittel der Gesamtlohnsumme an das Personal zur Auszahlung gebracht. Die Restsumme soll in drei Wochen gezahlt werden.

Rechtsarbeitsgerichtlicher Entscheid über Frage Tarifvertrag und Einzelarbeitsvertrag. In einer neuerdings Entscheidung führte das Rechtsarbeitsgericht folgendes aus: Wenn ein Unternehmer aus seiner wirtschaftlichen Berechnung ausschließt und damit der von seiner Ver-

